NIEDERSCHRIFT

über die 18. öffentliche Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses der Gemeinde
Großenkneten am Donnerstag, den 19.02.2015 um 17:00 Uhr im Ratssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

An der Sitzung haben teilgenommen:

Vorsitzende/r

Herr Herbert Wilke

Stellv. Vorsitzende/r

Herr Andre Seeger

Mitglieder

Herr Uwe Behrens

Herr Carsten Grallert

Herr Dieter Kreye

Frau Andrea Oefler

Herr Henning Rowold

Herr Samuel Stoll

Herr Heiko Warns

Herr Hermann Wilke

Stellv. Mitglied

Herr Hartmut Giese

Vertretung für Herrn Heiko Warns

hinzu gewählte Mitglieder

Herr Lars Möhlenpage

Frau Dorothee Otte-Saalfeld

Frau Wiebke Raschen-Wirth

von der Verwaltung

Herr Klaus Bigalke

Herr Thorsten Schmidtke

Herr Erhard Schröder

Herr Sebastian Wedermann

Gäste

Herr Dipl.-Geograf Joachim Mrotzek

Verhindert waren:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit des Planungs- und Umweltausschusses und der Tagesordnung
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 20.11.2014
- 3 Gegebenenfalls Pflichtenbelehrung eines hinzu gewählten Mitgliedes des Ausschusses

Einwohnerfragestunde

- 4 Bebauungsplan Nr. 102 "Ahlhorner Kreisel", 1. Änderung - Annahme als Entwurf **0010/2011-2016**
- 5 Planungsrechtliche Steuerung von Tierhaltungsanlagen - Sachstandsbericht **0014/2011-2016**
- 6 Antrag der Transport- und Baustoffhandelsgesellschaft mbH Lüderitz (TBL) auf Genehmigung zur Errichtung und den Betrieb eines Baustoffzentrums auf dem Gelände der Metropark Hansalinie GmbH in Ahlhorn, Vehtaer Straße 35 - Einvernehmen zur Befreiung von den Festsetzungen der Bebauungspläne Nr. 109/II A und Nr. 109/III **0012/2011-2016**
- 7 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 7.1 Schießsportzentrum "Ahlhorner Heide" in Ahlhorn, Zum Langen Moor
- 7.2 Fällen von Bäumen im Bereich Haschenbrok
- 8 Anfragen und Anregungen
- 8.1 Sachstand Neubau Feuerwehrhaus Huntlosen
- 8.2 "Erdbeben" in der Gemeinde
- 8.3 Geplantes Schießsportzentrum in Ahlhorn
- 8.4 "Becker-Brüning-Weg" in Ahlhorn

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit des Planungs- und Umweltausschusses und der Tagesordnung

Vorsitzender Wilke eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit des Planungs- und Umweltausschusses sowie die Tagesordnung fest.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 20.11.2014

Die Niederschrift über die 17. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 20.11.2014 wird einstimmig genehmigt.

zu 3 Gegebenenfalls Pflichtenbelehrung eines hinzu gewählten Mitgliedes des Ausschusses

Eine Pflichtenbelehrung war nicht erforderlich.

Einwohnerfragestunde

Der Ausschussvorsitzende unterbricht um 17:03 Uhr die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses für eine Einwohnerfragestunde.

Folgende Fragen werden gestellt:

Hinweisschild auf Neubaugebiet

Herr Dobrunz:

Ich rege an, ein Hinweisschild für das Neubaugebiet „Ahlhorn-Lemsen“ analog des Neubaugebietes in Großenkneten aufzustellen.

Bürgermeister Schmidtke:

Ich greife Ihre Anregung gerne auf.

Geplantes Baustoffzentrum in Ahlhorn

Herr Dobrunz:

Ich bitte um Informationen zum geplanten Baustoffzentrum.

Bürgermeister Schmidtke:

Die Informationen über das geplante Baustoffzentrum werden in der Sitzung vorgetragen. Ich bitte Sie, sich bis zum entsprechenden Tagesordnungspunkt zu gedulden.

Herr Dobrunz:

Ich hätte mir eine Bürgerbeteiligung zum geplanten Baustoffzentrum in Ahlhorn gewünscht.

Bürgermeister Schmidtke:

Es wird ein Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz mit Öffentlichkeitsbeteiligung stattfinden. Jeder Bürger hat dann die Möglichkeit, seine Anregungen und Bedenken vorzubringen sowie sich zu informieren.

Herr Elgert:

Ich appelliere an die Gemeinde, insbesondere ein Augenmerk auf die Lkw-Verkehre zu richten. Die Möglichkeiten zur Steuerung der Verkehre sollten nicht aus der Hand gegeben werden.

Bürgermeister Schmidtke:

Das Baustoffzentrum ist gemäß Bebauungsplan grundsätzlich zulässig. Hier geht es nur um den Anteil der Abfallstoffe. Die Grundzüge der Planung sind nicht berührt, so dass eine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes möglich ist.

Ratsherr Giese:

Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, eine vollständige Autobahnanbindung zur A 1 im Bereich der Vechtaer Straße zu ermöglichen.

Ratsherr Behrens:

Ich rege an, ein Verkehrskonzept für das Gelände der Metropark Hansalinie GmbH zu entwickeln.

Ratsherr Grallert:

Ich spreche mich dafür aus, einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzustellen und im Verfahren auch die Verkehre zu behandeln.

Ratsherr Stoll:

Niederschrift: Planungs- und Umweltausschuss 19.02.2015

Die CDU-Fraktion schließt sich den Ausführungen des Rats Herrn Giese an. Sie wird beantragen, die Verwaltung zu beauftragen, ein Verkehrskonzept zu entwickeln.

Um 17:17 Uhr eröffnet der Ausschussvorsitzende Wilke wieder die Sitzung.

zu 4 **Bebauungsplan Nr. 102 "Ahlhorner Kreisel", 1. Änderung - Annahme als Entwurf**
Vorlage: 0010/2011-2016

einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

Beschluss:

Der Planungs- und Umweltausschuss schlägt dem Verwaltungsausschuss vor, den Bebauungsplan Nr. 102 „Ahlhorner Kreisel“, 1. Änderung als Entwurf anzunehmen.

Die Beteiligung der Behörden und die Offenlegung des Planentwurfes sind durchzuführen.

Sach- und Rechtslage

Der Bebauungsplan Nr. 102 „Ahlhorner Kreisel“ ist am 26.02.2008 rechtsverbindlich geworden und umfasst im Teilplan B das Grundstück des Netto-Einkaufsmarktes in Ahlhorn, Vechtaer Straße. Anlass der Planung war die Umsiedlung des ehemaligen Plus-Marktes von der Wildeshäuser Straße und die damit verbundene Schaffung einer Verkaufsfläche von 700 m² sowie zusätzlichen Lagerflächen von 250 m². Bei der Art der baulichen Nutzung wurde eine Geschossfläche von weniger als 1.200 m² festgesetzt, die nach damaligen Prognosen der Einzelhandelsentwicklung ausreichend waren. Seither ist der Ort Ahlhorn stetig gewachsen und der Bedarf an der Nahversorgung hat deutlich zugenommen.

Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, hat der Investor die Baugenehmigung für den Umbau und die Erweiterung des Nahversorgerdiscounters sowie des Backshops beantragt. Der Antrag sieht vor, die Verkaufsfläche auf 1.020 m² zu erweitern. Zusammen mit den Lagerflächen sowie den Flächen für den Backshop beträgt die Geschossfläche 1.470 m² und übersteigt damit die zulässige Geschossfläche erheblich. Nach dem Bebauungsplan ist die Baumaßnahme daher nicht zulässig.

Damit das Bauvorhaben des Investors umgesetzt werden kann, muss neben der Änderung des Bebauungsplans auch das Einzelhandelsentwicklungskonzept aus dem Jahr 2007 angepasst werden. Hierdurch wird sichergestellt, dass die Erweiterung des Netto-Einkaufsmarktes keine negativen Auswirkungen auf den übrigen Einzelhandel in der Umgebung hat.

Die Gesellschaft für Markt und Absatzforschung mbH (GMA) hat den Auftrag erhalten, das Einzelhandelsentwicklungskonzept aus dem Jahr 2007 anzupassen. Nach diversen Untersuchungen kommt die Gutachterin bereits zum Ergebnis, dass eine Erweiterung des Netto-Einkaufsmarktes mit einer Verkaufsfläche bis 1.150 m² keine negativen Auswirkungen auf den übrigen Einzelhandel in der Umgebung hat.

Die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 102 „Ahlhorner Kreisel“, 1. Änderung, wird als Satzung ausgeführt. Der Entwurf der Satzung ist als Anlage **beigefügt**.

Niederschrift: Planungs- und Umweltausschuss 19.02.2015

Der Bürgermeister schlägt dem Planungs- und Umweltausschuss vor, dem Verwaltungsausschuss zu empfehlen, den Bebauungsplan Nr. 102 „Ahlhorner Kreisel“, 1. Änderung als Entwurf anzunehmen.

Die Beteiligung der Behörden und die Offenlegung des Planentwurfes sind durchzuführen.

Sitzungsbeiträge:

Bürgermeister Schmidtke erläutert seine Beschlussempfehlung.

Ratsfrau Oefler regt an, mit dem Investor darüber zu sprechen, auf dem Parkplatz des Einkaufsmarktes spezielle Haltebereiche für Busse zu markieren.

Dipl.-Geograf Mrotzek erläutert das Bauleitplanverfahren. Zeichnerische Darstellungen müssen nicht geändert werden. Die Änderung des Bebauungsplanes erfolgt lediglich textlich.

Ratsherr Grallert weist auf das noch im Verfahren befindliche Einzelhandelsgutachten hin. Nach seiner Auffassung sei es wünschenswert gewesen, das Einzelhandelsgutachten vor Einleitung eines Bauleitplanverfahrens abzuschließen.

**zu 5 Planungsrechtliche Steuerung von Tierhaltungsanlagen - Sachstandsbericht
Vorlage: 0014/2011-2016**

Beschluss:

Der Planungs- und Umweltausschuss nimmt den Bericht über den Stand der vorbereitenden Arbeiten für die Bauleitplanung zur Kenntnis.

Sach- und Rechtslage

Die Gruppe „CDU/FDP“ hat mit Schreiben vom 26.04.2014 beantragt, *„der Rat möge die Weiterentwicklungsmöglichkeiten der ortsansässigen, landwirtschaftlichen Betriebe im Rahmen der Bauleitplanung durch die Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung von Bebauungsplänen beschließen. Wir bitten Sie, zunächst einen Grundsatzbeschluss des Rates herbeizuführen.“*

Der Antrag wird damit begründet, dass durch die planungsrechtliche Steuerung von Tierhaltungsanlagen eine weitere Zersiedlung der Kulturräume verhindert, der Erholungswert bewahrt und die Belange des Naturschutzes sowie der Landschaftspflege gesichert werden. Weiter soll den hiesigen landwirtschaftlichen Betrieben eine Weiterentwicklung ermöglicht werden.

In seiner Sitzung am 20.10.2014 hat der Rat beschlossen, eine planungsrechtliche Steuerung von landwirtschaftlichen Tierhaltungsanlagen im Sinne von § 35 Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und gewerblichen Tierhaltungsanlagen im Sinne von § 35 Abs. 1 Nr. 4 BauGB unter Beteiligung der Landwirtschaftskammer Niedersachsen durchzuführen und den Bürgermeister beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten und vorbereitende Gespräche zu führen.

Zunächst wurde mit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen in mehreren Gesprächen der Untersuchungsumfang für einen landwirtschaftlichen Fachbeitrag ermittelt. Dieser umfasst unter anderem die Hofnachfolgesituation, die Betriebsstruktur, die Betriebsflächenausstattung sowie eine mögliche Entwicklung der Betriebe in der Tierhaltung. Aktuell sind 203 landwirtschaftliche Betriebe in der Gemeinde gemeldet. Hiervon werden ca. 73 Betriebe nicht mehr aktiv bewirtschaftet.

Nach einer ersten Einschätzung ist für ca. 65 Betriebe eine Bestandsausweisung notwendig. Für die restlichen ca. 65 Betriebe soll anhand des landwirtschaftlichen Fachbeitrages auf der Grundlage eines Kriterienkataloges ein Entwicklungspotenzial geprüft werden.

Weiter wurden in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro PlanForum Nord GmbH erste Abstimmungsgespräche mit dem Landkreis Oldenburg geführt. In konstruktiven Zusammenkünften ist jedoch deutlich geworden, dass es in verschiedenen Punkten weiterhin einen enormen Klärungsbedarf hinsichtlich der Ausgestaltung der Planungsinstrumente gibt.

Niederschrift: Planungs- und Umweltausschuss 19.02.2015

Das Planungsbüro PlanForum Nord GmbH hat bereits Vorarbeiten geleistet. So wurde eine aktuelle Kartengrundlage erstellt, die rechtskräftige Bebauungspläne erfasst sowie die „harten Tabukriterien“ für Tierhaltungsanlagen definiert und ermittelt. Weiter wurden Teilgeltungsbereiche für fünf vorgesehene einfache Bebauungspläne erarbeitet und ein modellhaftes Fortsetzungskonzept entwickelt.

Ein weiteres Abstimmungsgespräch mit dem Landkreis Oldenburg findet in Kürze statt.

Wegen der komplexen Rechtsmaterie und der umfangreichen Vorarbeiten sowie die nötige Abstimmung mit dem Landkreis Oldenburg konnte noch nicht wie vorgesehen, die Beratung und Beschlussfassung in den Gremien über die Aufstellung der Bebauungspläne erfolgen. Für die Aufstellungsbeschlüsse ist ein vollständiges Planungskonzept erforderlich. Ohne das Planungskonzept ist eine Sicherung der Bauleitplanung nicht möglich.

Herr Dipl.-Geograf Joachim Mrotzek, PlanForum Nord GmbH, wird in der Sitzung weiter berichten.

Der Bürgermeister schlägt dem Planungs- und Umweltausschuss vor, den Bericht über den Stand der vorbereitenden Arbeiten für die Bauleitplanung zur Kenntnis zu nehmen.

Sitzungsbeiträge:

Bürgermeister Schmidtke erläutert den Beratungspunkt.

Im Anschluss stellt Dipl.-Geograf Mrotzek im Einzelnen die bereits durchgeführten Verwaltungs- und Planungsarbeiten vor.

Ratsherr Grallert regt die Einberufung einer weiteren Einwohnerversammlung an.

Ratsherr Behrens erkundigt sich, wie viele Betriebe nach heutigem Stand durch die Landwirtschaftskammer begutachtet werden müssten.

Bürgermeister Schmidtke antwortet, dass nach heutigem Stand ca. 138 Betriebe zu begutachten seien.

Ratsfrau Oefler möchte wissen, wer die Kosten für die Begutachtung der Betriebe trage.

Bürgermeister Schmidtke antwortet, dass die Kosten von der Gemeinde zu tragen seien.

Ratsherr Behrens sieht Rechtsunsicherheiten. Er wirft ein, dass z. B. aufgegebene und somit nicht begutachtete landwirtschaftliche Betriebe den Klageweg beschreiten könnten.

Ratsherr Grallert weist auf verschiedentliche Verfahren in anderen Gemeinden im Landkreis Oldenburg hin.

Bürgermeister Schmidtke entgegnet, dass sich die Planungen in der Gemeinde Großenkneten am zugrunde liegenden Antrag der Mehrheitsgruppe orientieren. Dieser beinhaltet auch, den landwirtschaftlichen Betrieben Entwicklungsmöglichkeiten einzuräumen.

Niederschrift: Planungs- und Umweltausschuss 19.02.2015

Ratsherr Giese ergänzt, dass in den anderen Gemeinden ggf. auch andere Beurteilungskriterien für die eingeleiteten Planungen zugrunde gelegt würden.

Ratsherr Kreye sieht eine wesentliche Benachteiligung der aufgegebenen landwirtschaftlichen Betriebe, die nicht begutachtet werden sollen.

Erster Gemeinderat Bigalke weist darauf hin, dass ein Anspruch auf eine Bauleitplanung nicht bestehe.

Ratsherr Behrens erklärt, dass kaum sicherzustellen sei, dass beplante Flächen nicht veräußert werden. Dem könne durch Aufstellung von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen entgegengewirkt werden.

Dip.-Geograf Mrotzek stimmt den Ausführungen des Ratsherrn Behrens grundsätzlich zu.

Ratsherr Rowold appelliert, nicht schon zum jetzigen Zeitpunkt Hindernisse und Hürden aufzubauen und ggf. fehlerhafte Planungen anderer Kommunen als Beispiele anzugeben.

Ratsherr Grallert weist darauf hin, dass die Größe späterer Bauvorhaben sich im Falle einer Bauleitplanung nach dem Baurecht richtet und durch die Gemeinde nicht mehr beeinflussbar sei.

Ratsherr Behrens legt Wert darauf, dass aufgegebenen landwirtschaftlichen Betrieben bzw. Resthöfen z. B. die Pferdehaltung ermöglicht werden solle.

Ratsfrau Oefler schließt sich der Auffassung des Ratsherrn Behrens an.

Dipl.-Geograf Mrotzek entgegnet, dass noch Abstimmungsgespräche mit dem Landkreis Oldenburg stattfinden würden.

Ratsherr Giese bemerkt, dass als Grundlage für die Fachgutachten der Landwirtschaftskammer noch ein Kriterienkatalog von der Politik festzulegen sei.

Niederschrift: Planungs- und Umweltausschuss 19.02.2015

Mineralgemische (aus natürlichen Stoffen und Recyclingbaustoffen)	162.000 t jährlich = 32,40 %
Baustoffgemische (Zuschlagsstoffe)	17.100 t jährlich = 3,42 %
Nicht gefährliche Abfälle (z. B. Bau- und Abbruchabfälle)	69.500 t jährlich = 13,90 %
Gefährliche Abfälle (z. B. Bau- und Abbruchabfälle)	29.400 t jährlich = 5,88 %

Eine Übersicht liegt bei (**Anlage**).

Die Baustoffe sollen durch Lkw oder mit dem Zug transportiert werden. Eine Verkehrsprognose geht in der Endausbaustufe von rd. 126 Lkw-Ein-/Ausfahrten pro Tag aus. Ferner würde mit zwei Zügen pro Tag gerechnet.

Von dem Vorhaben ist der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 109/III „Flug-, Logistik- und Gewerbepark Ahlhorn“ betroffen. Die Fläche ist als Gewerbe- und Industriegebiet ausgewiesen. Planungsrechtlich ist das Bauvorhaben grundsätzlich zulässig. Nicht zulässig sind allerdings Vorhaben, die der Abfallbehandlung dienen.

In einem untergeordneten Betriebsteil sollen auch Abfälle gelagert und behandelt werden. Der Anteil beträgt 19,78 % der Inputmenge in der Endausbaustufe.

Insofern ist eine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 109/III erforderlich, um das Vorhaben zu ermöglichen.

Über die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes entscheidet der Landkreis als Bauordnungsbehörde. In dem Verfahren wird die Gemeinde mit der Einvernehmensherstellung beteiligt.

Nach § 31 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) kann die Befreiung unter anderem erteilt werden, wenn die Grundzüge der Planung nicht berührt werden und die Abweichung städtebaulich vertretbar ist.

Nach Auffassung des Landkreises Oldenburg werden die Grundzüge der Planung durch den noch untergeordneten Betriebsteil „Abfall“ nicht berührt, daher ist eine Befreiung vertretbar.

Der Bürgermeister teilt die Einschätzung. Der Festsetzung des Bebauungsplanes liegt der Gedanke zugrunde, dass z. B. Abfallbeseitigungsanlagen oder Deponien nicht zugelassen werden sollen.

Des Weiteren möchte die Antragstellerin ein Absetzbecken zur Vorbehandlung von Niederschlagswasser, einen zur Einfriedigung vorgesehenen Erdwall und einen Versickerungsgraben teilweise im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 109/II A errichten. Der Bebauungsplan ist als ein sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ festgesetzt. Die Anlagen sollen teilweise in einer nicht überbaubaren Fläche gebaut werden. Es handelt sich um untergeordnete bauliche Anlagen. Die Grundzüge der Planung werden nicht berührt, so dass das Einvernehmen zur Befreiung von den Festsetzungen der Bebauungspläne Nr. 109/II A und Nr. 109/III vertretbar ist.

Niederschrift: Planungs- und Umweltausschuss 19.02.2015

Ein Lageplan liegt zur Orientierung bei (**Anlage**).

Der Bürgermeister schlägt dem Planungs- und Umweltausschuss vor, dem Verwaltungsausschuss zu empfehlen, die Erteilung des Einvernehmens zur Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 109/III hinsichtlich der Behandlung und Lagerung von Abfallstoffen zu beschließen.

Ferner wird das Einvernehmen zur Befreiung von den Festsetzungen der Bebauungspläne Nr. 109/II A und 109/III für die Errichtung untergeordneter baulicher Anlagen erteilt.

Sitzungsbeiträge:

Bürgermeister Schmidtke trägt die Sach- und Rechtslage vor.

Ratsherr Stoll erklärt für die CDU-Fraktion, dass man der Beschlussempfehlung folgen werde. Er weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion einen Antrag zur Entwicklung eines Verkehrskonzeptes vorlegen werde.

Ratsherr Behrens macht umfangreiche Ausführungen zum Vorhaben und insbesondere zur geplanten Abfallbehandlung. Er sieht die Firma Bunte in der Pflicht, hinsichtlich des Verkehrs den Ort Ahlhorn soweit wie möglich zu entlasten. Er spricht sich für die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes aus.

Bürgermeister Schmidtke stellt klar, dass die in der Vergangenheit anvisierte Autobahnanbindung im Bereich der Landesstraße 880 (Visbeker Straße) ausschließlich für einen geplanten Autohof vorgesehen war. Eine Durchgängigkeit auf weitere Flächen des Metropark sei nie in der Planung gewesen.

Ratsherr Grallert regt eine Einwohnerversammlung an.

Des Weiteren macht Ratsherr Grallert umfangreiche Ausführungen zum Anteil des Abfalls. Insbesondere geht er auf das Mengenverhältnis zwischen sogenannten weißen Baustoffen und Abfällen ein. Auch er spricht sich für die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes aus. Kritisch sieht er die prognostizierten Verkehre.

Des Weiteren berichtet Ratsherr Grallert über eine ihm zugegangene Stellungnahme des Landkreises Oldenburg.

Ratsherr Grallert spricht weiterhin die geplante Mineralstoffdeponie in Döhlen an. Er hält es für denkbar, dass dort auch Abfallstoffe vom Gelände der Metropark Hansalinie GmbH aufgenommen werden könnten.

Bürgermeister Schmidtke stellt klar, dass der Ort der Deponierung für Abfallstoffe nicht im Ermessen des Abfallerzeugers oder –bearbeiters liege. Vielmehr werde der Ort der Deponierung von der Niedersächsischen Gesellschaft für Sonderabfall (NGS) in jedem Einzelfall zugewiesen.

Niederschrift: Planungs- und Umweltausschuss 19.02.2015

Ratsherr Giese möchte ebenfalls die Ortschaft Ahlhorn so weit wie möglich von Verkehren entlastet sehen. Gleichzeitig weist er aber darauf hin, dass der Rat seinerzeit mit breiter Mehrheit die Bebauungspläne zum ehemaligen Fliegerhorst Ahlhorn beschlossen habe. Hier gelte es, ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen und im Interesse der Allgemeinheit Gewerbe anzusiedeln, da damit auch Arbeitsplätze geschaffen würden.

Ratsherr Grallert stellt klar, dass er dem Ratsherrn Giese dem Grunde nach zustimmt. Er halte nur den eingeschlagenen Weg für falsch.

Ratsherr Kreye erläutert, dass es zwischen dem geplanten Baustoffzentrum und der beantragten Mineralstoffdeponie keinen Zusammenhang gebe.

zu 7 Mitteilungen des Bürgermeisters

zu 7.1 Schießsportzentrum "Ahlhorner Heide" in Ahlhorn, Zum Langen Moor

Der Landkreis Oldenburg hat dem jagdlichen Ausbildungszentrum „Ahlhorner Heide“ gGmbH mit Bescheid vom 12.02.2015 die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb eines Schießstandes für Handfeuerwaffen in Ahlhorn, Zum Langen Moor, genehmigt.

Der Bescheid ist gegenüber der Jägerschaft rechtskräftig, da auf ein Rechtsmittel verzichtet worden ist.

Der Genehmigungsbescheid soll im Amtsblatt des Landkreises Oldenburg am 20.02.2015 und in der Presse öffentlich bekannt gemacht werden.

zu 7.2 Fällen von Bäumen im Bereich Haschenbrok

Die ExxonMobil hat mitgeteilt, dass im Bereich Haschenbrok (Schollenmoor) an einer unbenannten Gemeindestraße ca. 65 Bäume gefällt werden müssen. Hintergrund ist, dass dort eine Lagerstättenwasserleitung ausgebaut werden muss.

Bei den Bäumen handelt es sich überwiegend um Birken mit einem Stammdurchmesser von 15 bis 20 cm.

Da es sich hier um eine sicherheitsrelevante Angelegenheit handelt, wurde die Zustimmung seitens der Gemeinde erteilt. Alle notwendigen Arbeiten werden durch die Exxon ausgeführt.

Die Baumfällungen müssen bis Ende des Monats durchgeführt werden. Die Arbeiten an der Leitung sind für den kommenden Herbst geplant.

Da ca. 3 Meter vom Fahrbahnrand bereits Wald anschließt, soll auf eine Anpflanzung neuer Bäume verzichtet werden.

zu 8 Anfragen und Anregungen

zu 8.1 Sachstand Neubau Feuerwehrhaus Huntlosen

Ratsherr Grallert:

Wie ist der Sachstand in Bezug auf die Planungen für ein neues Feuerwehrhaus in Huntlosen?

Bürgermeister Schmidtke:

Es wurden verschiedene Vorschläge der Ortsfeuerwehr Huntlosen hinsichtlich eines neuen Standortes geprüft. Favorisiert wird derzeit eine gemeindeeigene Fläche im Bereich „Wilhelmstraße/Ziegelhofstraße“. Die Ortsfeuerwehr kann sich diesen Standort vorstellen.

In der Finanzplanung sind für 2017 Planungskosten für ein mögliches neues Feuerwehrhaus berücksichtigt. Der Rat sollte allerdings zunächst einen Grundsatzbeschluss fassen.

Eine Bauleitplanung könnte danach angeschoben werden. Im Rahmen dieses Verfahrens erfolgt auch die Beteiligung der Öffentlichkeit. Dann haben auch die Anlieger Gelegenheit, sich einzubringen.

zu 8.2 "Erdbeben" in der Gemeinde

Ratsfrau Oefler:

In jüngster Vergangenheit hat es in der Gemeinde „Erdbeben“ gegeben. Ist über die Ursache etwas bekannt?

Bürgermeister Schmidtke:

Nein.:

zu 8.3 Geplantes Schießsportzentrum in Ahlhorn

Ratsherr Grallert:

Ich rege an, die Öffentlichkeit über das geplante Schießsportzentrum in Ahlhorn zu informieren.

Bürgermeister Schmidtke:

Der Landkreis Oldenburg hat bereits eine umfängliche Pressemitteilung veröffentlicht.

zu 8.4 "Becker-Brüning-Weg" in Ahlhorn

Ratsherr Stoll:

Im Bereich des „Becker-Brüning-Weges“ in Ahlhorn sind Steine abgesackt. Ich bitte um Reparatur.

Bürgermeister Schmidtke:

Die notwendigen Reparaturen werden ausgeführt.

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

gez. Herbert Wilke
Vorsitz

gez. Thorsten Schmidtke
Bürgermeister

gez. Erhard Schröder
Protokollführung